

# ZUSAMMEN

Zeitung des Vereins Zusammen e.V. - Ausgabe Mai 2016



## Wenn Deutschland eine Kneipe wäre...

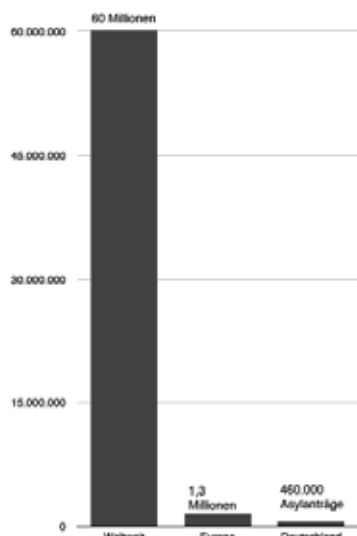
Stellen wir uns vor, Deutschland wäre eine Kneipe und es kämen zwei Geflüchtete...:

Im letzten Jahr sind vermutlich 1 Million Menschen nach Deutschland geflohen. Deutschland hat 80 Millionen Einwohner. Das heißt, es kommen etwas mehr als 1% hinzu. Stellen wir uns eine Kneipe vor, in der 80 Menschen sind. Nun kommen zwei Menschen (es wäre eigentlich sogar nur einer) dazu. Was ändert sich? Wenn es eng ist, wird es wohl schon vorher zu eng gewesen sein. Wenn es nicht genug zu trinken gibt, wird es wohl schon vorher ein Problem gewesen sein und wenn die Luft schlecht ist, wird das auch nicht durch die zwei zusätzlichen Gäste verursacht worden sein.

In der Kneipe gab es auch schon vorher Probleme. Es gab manche Gäste, denen es sehr gut ging, die Champagner trinken konnten und das beste Essen in großen Mengen bestellen konnten. Andere Gäste dagegen mussten sich mit einem Bier und vielleicht einer Bockwurst begnügen und für manche war auch das nicht mehr drin. Die Gäste mit Champagner hatten viel Platz und es war dort angenehm, für die anderen Gäste war es dagegen eng, manche hatten nicht mal einen Stuhl und die Luft war schlecht.

Die beiden neuen Gäste werden als Flüchtlinge wohl eher zu den weniger gut gestellten Gästen kommen. Nun fehlen vielleicht zwei weitere Stühle und man braucht zwei Gläser mehr. Für die Champagner-Lounge ändert sich aber nichts. Wenn nun die Gäste im ärmeren Bereich der Kneipe sich gegenseitig den Schädel einhauen, freut das nur: Die Champagner-Gäste, die weiter viel Platz haben und es sich gut gehen lassen können. Sie müssen keinen Stuhl abgeben oder Platz machen oder vielleicht ein bisschen weniger bestellen. Für die anderen Gäste ändert sich aber auch nichts, da durch eine Schlägerei keine neuen Stühle und nicht mehr Getränke kommen, stattdessen wird die Stimmung noch schlechter.

### Flüchtlinge weltweit, Europa, Deutschland 2015



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, UNHCR  
Stand: März 2016

Fakten statt Stimmungsmache: Im Vergleich zu anderen Ländern sind wenige Menschen nach Deutschland geflohen. Wenn man die Wirtschaftskraft berücksichtigt, ist das Gerede von den „Kapazitätsgrenzen“ offensichtlich Ablenkung. Weitere Fakten und Vergleiche auf den nächsten Seiten.



sicher zu. Zu wenig bezahlbare Wohnungen gab es auch schon vor 2015, schlecht bezahlte Jobs ebenso und an der Kinderarmut in Deutschland sind auch nicht die Flüchtlinge schuld. Die Unternehmen haben dagegen in den letzten Jahren Rekordgewinne eingefahren und an die Aktienbesitzer Milliarden an Dividenden ausgeschüttet.

**Also: Besorgen wir noch zwei Stühle und rücken zusammen. Diese Probleme können wir nur angehen, wenn wir gemeinsam für unsere Rechte eintreten, uns gegenseitig helfen und zusammen für unsere Forderungen kämpfen und versuchen diese gegen die Unternehmer durchzusetzen.**

Die Unterbringung und Versorgung von 1 Million Menschen in ganz Deutschland dürfte eigentlich kein Problem sein. Zum Oktoberfest in München werden jedes Jahr mehr als 6 Millionen Menschen untergebracht. Am Geld kann es auch nicht liegen: Bei der Wirtschaftskrise von 2008 wurden ganz schnell über 400 Milliarden Euro locker gemacht, um die Banken zu retten. Es ist politisch nicht gewollt...

Auf den nächsten Seiten:  
Wie hängen Rassismus und Löhne zusammen?  
Warum Bleiberecht für alle?

# Warum ist Rassismus gegen „die kleinen Leute“ ?

Die Hetze der AfD ist nicht nur ein „moralisches Problem“. Rassismus bedeutet, dass man Ungleichheit und Ungerechtigkeit verteidigt. Das ist schelch für alle Lohnabhängigen und gut für die Vermögenden. Warum?

## Unsicherer Aufenthalt führt zu Lohndumping

Wenn Geflüchtete einen unsicheren Aufenthalt haben, sind sie gezwungen, jeden Job anzunehmen - egal wie niedrig der Lohn ist und wie schlecht die Arbeitsbedingungen sind. Sie werden gezwungen, die Löhne zu unterbieten und die Rechte der anderen auszuhöhlen. Wenn ständig die Gefahr droht, in Elend und Krieg abgeschoben zu werden, und einem nicht die vollen Rechte zustehen, kann man sich nicht wehren. Man kann der Macht von Unternehmern und Behörden wenig entgegensetzen.

## Vorurteile spalten

Durch die Verbreitung von Vorurteilen und Misstrauen werden die einen von den anderen getrennt. Solidarität soll verhindert werden. Denn ein Zusammenhalt aller Lohnabhängigen für gleiche Rechte für alle würde es erschweren, dass ein Teil abge-sondert wird und schlechteren Bedingungen unterworfen ist.

## Die Gesetze von CDU und SPD sind das Problem!

Die AfD ist in ihrer Rhetorik am aggressivsten. Aber es ist die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD, die die Gesetze ver-

schärft hat, das Asylrecht de facto abgeschafft hat und sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ jeden Aufenthalt verweigert. Armut und Perspektivlosigkeit sind aber auch Fluchtgründe.

Seit der Weltwirtschaftskrise von 2008 hat die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern nicht abgenommen, sondern sogar zugenommen. Momentan sind weltweit mehr als 210 Millionen Menschen arbeitslos, darunter 75 Millionen Jugendliche. In Ländern wie Albanien oder Tunesien haben sie keine Zukunft, sie müssen auswandern um überhaupt arbeiten und Geld nach Hause schicken zu können, von dem die Familie überleben kann.

## Respektvoll abschieben?

Es gibt eine „Allianz für Weltoffenheit“ vom Deutschen Gewerkschaftsbund, den Arbeitgeberverbänden und den Kirchen. Im Appell heißt es: „Auch denjenigen, die wegen wirtschaftlicher Not und Elend nach Deutschland kommen und als Ergebnis eines rechtsstaatlichen Verfahrens keine Bleibeperspektive haben und deshalb in ihre Heimat zurückkehren müssen, ist mit Empathie und Respekt zu begegnen.“ Das ist falsch! Diese Menschen brauchen nicht Respekt bei der Abschiebung, sondern sie brauchen sicheren Aufenthalt und gleiche Rechte!

## Stichworte zur AfD

- Partei der Professoren, Unternehmer und Rechtsanwälte

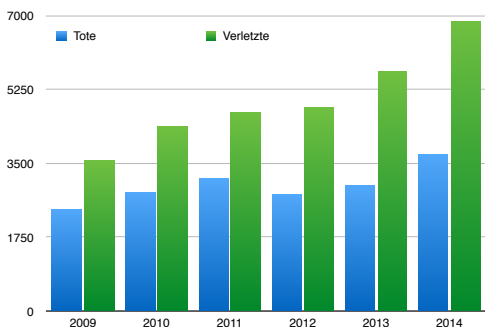
- Gegen Mindestlohn
- Gegen Erbschaftssteuer
- Für Sozialabbau
- Für Kriegseinsätze

## Die AfD ist nicht vom Himmel gefallen

### Wegbereiter:

Tilo Sarrazin (SPD), Henryk M. Broder und andere:  
Hetze gegen den Islam und Migranten

SPD und GRÜNE mit Hetze und Gesetzen gegen Arbeitslose und Niedriglöhner (Hartz I bis IV)



## Frieden in Afghanistan?

Die Zahl der Toten und Verletzten steigt, Ebenso die Zahl der Bundeswehr-Soldaten. Der Krieg wird ausgedehnt. Dennoch will die Bundesregierung Flüchtlinge nach Afghanistan abschieben, es gebe dort „sichere Regionen“.

## Stichworte zur Flüchtlingspolitik

- **Unternehmen** wollen billige, junge und erpressbare Arbeitskräfte
- **Regierung** erlässt Gesetze, die den Aufenthalt unsicher machen und die Leistungen kürzen
- **Ziel:** Schnelle Auswahl der „guten“ Flüchtlinge und Abschiebung der „schlechten“
- **Folge:** Menschen unter Existenzdruck, bereit jede Arbeit anzunehmen
- **Auswirkung für alle:** Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen steigt
- **Richtige Antwort:** Gemeinsamer Kampf für Bleiberecht und gleiche Rechte und gleiche Löhne



# Wenn Menschenrechte verletzt werden ...

dann geht es uns Allen an den Kragen. Manche glauben, dass es bei der Verteidigung von Menschenrechten um Menschlichkeit und Moral ginge. Ja das tut es vielleicht auch. Aber viel wichtiger ist es doch, dass es um unser Aller Rechte geht.

Wenn in Massenunterkünften für geflüchtete Menschen Mindeststandards für die Unterbringung und Versorgung unterlaufen werden, dann sinkt noch eine Hemmschwelle bezüglich der allgemeinen Frage was ein Mensch zum Leben braucht.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in den letzten Jahren zweimal entschieden, dass der Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger das Existenzminimum für alle in der BRD lebenden Menschen darstellt. Nun hat die Bundesregierung im Zuge der Asylgesetzänderungen und unter Missachtung dieser höchstrichterlichen Beschlüsse den Regelsatz für Asylbewerber gesenkt. Wenn erst einmal eine Zeitlang die Geflüchteten mit diesem Satz auskommen sollten, gibt es ein Argument, auch den Hartz-IV-Satz abzusenken. Was bei Flüchtlingen geht, soll doch auch für Arbeitslose möglich sein.

Es gibt aber auch noch krassere Beispiele:

Wenn an den Grenzen der europäischen Länder auf flüchtende Menschen mit Blend- und Tränengasgranaten geschossen und auf sie eingepöbeln wird, dann wird billigend in Kauf genommen, dass diese Menschen verletzt und auch getötet werden.

Aber was bedeutet das für uns? Wenn heute das Leben von Menschen, die in Europa Schutz suchen durch die Regierungen bedroht wird, warum sollten dieselben Regierungen morgen andere Menschenleben, auch die ihrer eigenen Bürger, nicht bedrohen?

Wenn erst einmal die Pflicht, Menschenleben grundsätzlich zu schützen nicht mehr wahrgenommen wird, dann ist nur noch die Frage welche Gruppen von Menschen dran sind. Heute sind es Menschen auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Elend, deren Leben weder geachtet, noch geschützt ist. Wessen Leben ist es morgen, der nicht mehr achtenswert und schützenswert ist? Menschen ohne Obdach, Erwerbslose, Menschen mit einem anderen Glauben, als die Mehrheit in einer Gesellschaft...?



*„Würden eure Länder keinen Krieg führen, müssten wir nicht fliehen“*

## **Bericht eines Mitglieds von Zusammen e.V. von einem Termin beim Sozialrat-**

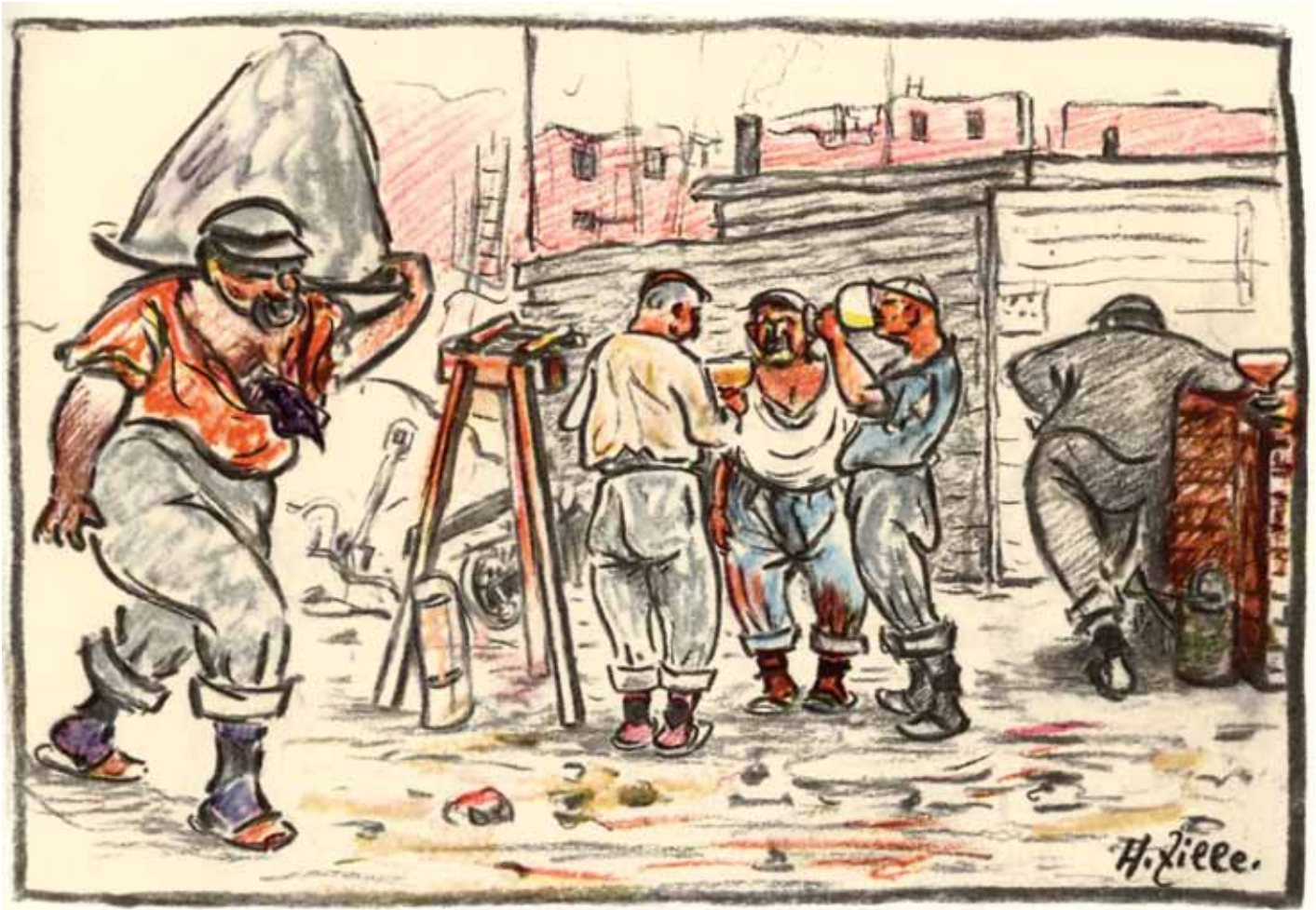
Mein Name ist Zaher M.. Ich komme aus Afghanistan und lebe schon seit Jahren in Deutschland. In meiner Heimat wird die Situation immer schlimmer. Auch Teile meiner Familie und Bekannten fliehen nun. Ich habe die Vormundschaft für meinen Neffen übernommen, der im Oktober nach Deutschland kam. Als ich das Jugendamt fragte, wie ich seinen Unterhalt finanzieren soll, sagten sie, das müsse ich selber wissen und schickten mich weg. Ich arbeite Vollzeit, meistens sogar 60 Stunden in der Woche. Aber mein Lohn reicht gerade so, um meine Familie ernähren zu können. Das habe ich auch den Behörden gesagt. Sie haben mich einfach weggeschickt.

Nach der Beratung von Zusammen e.V. bin ich zum Sozialrat-Haus Höchst gegangen, um dort Asylbewerberleistungen für meinen Neffen zu beantragen. Sie stehen ihm zu und das ist auch die zuständige Behörde.

Als ich dem Sachbearbeiter den Antrag gab, sagte er, was ich überhaupt wollte: „Es kommen sowieso zu viele aus eurem Land hierher und wollen nur Sozialleistungen abgreifen. Nix gibts. In Afghanistan gibts auch keinen Sozialstaat, geht

wieder nach Hause.“ Ich wurde sauer und sagte ihm: „Wenn ihr nicht in unser Land kommen und Krieg machen würdet, könnte ich dort arbeiten und leben und das würde ich auch lieber machen, als hier zu sein und mich von Ihnen beleidigen zu lassen. Wenn Sie mal nach Afghanistan kommen würden, dann helfe ich Ihnen weiter.“ Der Sachbearbeiter meinte alle Flüchtlinge wollten nur Geld haben. Ich sagte ihm: „Es sind nicht nur wir Afghanen, die fliehen müssen. Auch die Syrer und viele Afrikaner müssen vor euren Kriegen fliehen. Solange eure Länder dort Krieg führen, müssen Menschen davor flüchten.“ Er wollte mich wegschicken und meinte, ich wolle nur seine Steuergelder haben. Von ihm kriege ich kein Geld.

Ich sagte ihm, dass ich arbeiten gehe und Steuern zahle. Eine Entscheidung über diesen Antrag ist nicht seine private Entscheidung, sondern von der Behörde und er soll es mir schriftlich geben. Er hat schließlich den Antrag genommen und gesagt ich soll gehen. Bisher habe ich nichts gehört, ich glaube er hat den Antrag einfach in den Papierkorb geworfen. Aber ich werde mit Begleitung vom Verein nochmal dort hingehen. Das hat schon oft gut geklappt. Gemeinsam sind wir stark!



**„Bis nach'n Himmel schleppt man de Steene - aber wohnen tun wa immer in nen Keller.“**  
 Zeichnung und Text: Heinrich Zille

## 1.Mai: wie in Frankfurt, so in Luanda

Ja, auch in Angola, dem Land, in dem ich geboren wurde, gehen Arbeiter am 1.Mai auf die Straße, um Ihren Forderungen massenhaft Nachdruck zu verleihen. Es ist dasselbe wie hier, in Deutschland und in Angola, in Luanda und in Frankfurt. Man fordert Löhne, von denen man sich und seine Familie ernähren kann, Abschaffung von Leiharbeit und einem Dasein als Tagelöhner. Jeder muss kämpfen um zu überleben. Viele Arbeiter gehen nach getaner Arbeit nicht nach Hause, sie haben keins, sondern leben auf der Straße- und den Regierenden ist das scheißegal, ihre Viertel werden schließlich von Tagelöhnern bestens gepflegt.

Die Menschen wissen, dass die Teilnahme an den 1.Mai-Demonstrationen für sie gefährlich sein kann, weil es oft zu extrem gewalttätigen Polizeieinsätzen kommt. Sie beteiligen sich aber trotzdem und es ist schön zu wissen, dass Millionen Arbeiter auf der ganzen Welt am 1. Mai mit ihnen gehen. Dann gilt: „Hoch die Internationale Solidarität“  
 Ich bin am 1. Mai hier in Frankfurt auch auf der Straße. Meine Hauptforderung ist zunächst einmal: 10€ Mindestlohn. Dann werden wir weitersehen.

**Ein Mitglied von Zusammen e.V.**

## Wer ist Zusammen e.V.?

*Wir sind ein Verein für gegenseitige Hilfe.*

*Bei Stress beim Jobcenter, mit dem Arbeitsvertrag, mit dem Vermieter oder mit der Ausländerbehörde helfen wir uns mit Anträgen ausfüllen, Begleitung und Rechts-Tipps. Wir verschaffen uns Klarheit über unsere Rechte und die Gesetze. Wir diskutieren gemeinsam, woher die Gesetze kommen, wer sie macht und wem sie nutzen.*

*Unser Ziel ist, dass Menschen sich in ihre Nachbarschaft zusammen schließen, sich helfen und gemeinsam wehren, zum Beispiel gegen Mieterhöhungen. Wenn wir nur nebeneinander herleben, sind wir schwach. Zu unseren Vereinszielen gehört, Klassenbewußtsein zu schaffen. Wollen wir unsere Lage ändern, müssen wir erkennen, wer seine Interessen gegen uns durchsetzt und was wir dem entgegensetzen können.*

## Kontakt:

**Jeden Mittwoch, 14:00-16:00, Saalbau Bockenheim am Kurfürstenplatz - Schwälmer Str. 28**

**Tel.: 01578-2753456 --- Fax: 069-92894115 --- [www.zusammen-ev.de](http://www.zusammen-ev.de) --- Email: [info@zusammen-ev.de](mailto:info@zusammen-ev.de)**

Zusammen e.V.  
 Postfach 190500  
 60091 Frankfurt am Main